



Niederschrift

7. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin: Dienstag, 21.01.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:45 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch CDU Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer SPD
Frau Babette Reimers SPD
Frau Saskia Hüneke Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Dr. Gert Zöllner Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Ralf Jäkel DIE LINKE ab 18.13 Uhr
Herr Steffen Pfrogner DIE aNDERE
Herr Ambros Josef Tazreiter AfD

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Isabelle Vandre DIE LINKE bis 21.00 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Marcel Schulz SPD
Frau Dr. Ellen Chwolik-
Lanfermann Freie Demokraten
Herr Ken Gericke Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Horst Heinzl BürgerBündnis
Herr Stefan Matz DIE LINKE
Herr Werner Pahnhenrich CDU

Herr Chaled-Uwe Said
Herr André Tomczak

Fraktion AfD
DIE aNDERE

ab 19:03 Uhr

Vertreter der Beiräte

Frau Heike Thiel

Beirat für Menschen
mit Behinderungen

Frau Dr. Ursula Zufelde

Seniorenbeirat

Beratendes Mitglied von Fridays For Future

Nico Grützke

bis 21.00 Uhr

Beigeordneter

Herr Bernd Rubelt

Geschäftsbereich 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Anja Günther

DIE LINKE

entschuldigt

Gäste

Herr Goetzmann

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung zu TOP
4.2, 4.4, 4.8, 4.10, 4.11, 4.14, 6 und 7

Frau Holtkamp

Bereich Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 4.2, 4.3,
4.16 und 6

Herr Richter

Kommunaler Immobilien Service zu TOP 4.1

Herr Jekel

Bereich Wohnen zu TOP 4.15

Herr Schenke

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen zu TOP 5.1

Herr Niehoff

Bereich Verkehrsentwicklung zu TOP 4.9

Herr Schmidt

Arbeitsgruppe Untere Wasserbehörde zu TOP 4.5

Herr Gutschmidt

Ortsvorsteher Grube zu TOP 4.2

Herr Flade

Grundstückseigentümer in Marquardt zum TOP 4.2

Schriftführer/in:

Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des

öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.12.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Treibhausgasneutralität neuer Investitionen
Vorlage: 19/SVV/1029
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke
WA KIS, KUM, SBWL
mit ÄA von Herrn Jäkel vom 28.11.2019
(Wiedervorlage)
 - 4.2 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier:
Prioritätenfestlegung 2020-2021
Vorlage: 19/SVV/1100
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
alle OBR'e, SBWL
(Wiedervorlage)
 - 4.3 Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam
Vorlage: 19/SVV/1016
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
GSWI, SBWL
(Wiedervorlage)
 - 4.4 Anwendung des § 31 (2) des Baugesetzbuches zur Ermöglichung des zeitnahen
Trafohaus-Umbaus in der Waldsiedlung Groß Glienicke
Vorlage: 19/SVV/1032
Ortsbeirat Groß Glienicke
 - 4.5 Mehr für die Freizeit nutzbare Zugänge zu den Potsdamer Gewässern
Vorlage: 19/SVV/1077
Fraktion CDU
SBWL, KUM, alle Ortsbeiräte
 - 4.6 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägung und
Satzungsbeschluss
Vorlage: 19/SVV/1101
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Fahrland, KUM, SBWL
 - 4.7 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes
2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024
Vorlage: 19/SVV/1174
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
alle Ausschüsse und Ortsbeiräte
(Wiedervorlage)
 - 4.8 Flächen für die Partygärten sichern
Vorlage: 19/SVV/1266
Fraktion CDU
SBWL, KUM
 - 4.9 Ergänzung der Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über das besondere
Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für den Bereich
"Straßenbahnverlängerung in den Potsdamer Norden"

- Vorlage: 19/SVV/1279
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KUM, SBWL, Ortsbeirat Neu Fahrland, Ortsbeirat Fahrland
- 4.10 Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung
Vorlage: 19/SVV/1306
Fraktion der Freien Demokraten
SBWL, GSWI
- 4.11 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland
Vorlage: 19/SVV/1302
Fraktion DIE LINKE
SBWL, B/Sp., OBR Fahrland
- 4.12 Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland
Vorlage: 19/SVV/1308
Fraktion DIE LINKE
SBWL, GSWI, OBR Fahrland
- 4.13 Parkhauskonzept für die Potsdamer Innenstadtbereiche/anliegende Vorstädte
Vorlage: 19/SVV/1299
Fraktion CDU
KUM, SBWL
- 4.14 Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1291
Fraktion DIE aNDERE
KUM, SBWL
- 4.15 Evaluation des Wohnungspolitischen Konzepts
Vorlage: 19/SVV/1258
Fraktion CDU
GSWI, SBWL
- 4.16 Bebauungsplan Nr. 78 "Französische Straße/Quartier Français", 1. Änderung,
Teilbereich Am Kanal/Französische Straße - Aufstellungsbeschluss,
Beschlusspunkt 4 - Erhalt des Kunsthauses "sans titre"
Vorlage: 19/SVV/1239
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KA, SBWL
(Mitteilungsvorlage)
- 4.17 Prüfergebnisse Dez. 2019 zum Beschluss "Potsdam erklärt den Klimanotstand"
Vorlage: 19/SVV/1362
Oberbürgermeister, Koordinierungsstelle Klimaschutz
FA, KUM, SBWL, HA
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information zur Freilichtbühne auf der Freundschaftsinsel (entspr. Bitte aus der
vergangenen Sitzung)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.12.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 10.12.2019 gibt es keine Hinweise, die Niederschrift wird mit 2 Enthaltungen bestätigt.

Zur Tagesordnung werden folgende Wünsche vorgebracht:

- Seitens der Verwaltung wird empfohlen den TOP 4.6 „Bebauungsplan Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland), Abwägung und Satzungsbeschluss nochmals zurückzustellen, da sich der Ortsbeirat morgen damit noch einmal befassen wird.
- Herr Pfrogner bittet um Information zu den zeitlichen Abläufen der Bebauungsplanverfahren Nr. 145 „Am Humboldttring“ sowie Nr. 36 "Neue Halle / östliches RAW-Gelände".

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Information unter dem Punkt Sonstiges einzuordnen.

- Herr Dr. Zöller bittet den Antrag TOP 4.1 „Treibhausgasneutralität neuer Investitionen“ ebenfalls noch einmal um eine Sitzung zurückzustellen.

Gegen die Änderungswünsche erfolgen keine Einwendungen. Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Folgender Antrag auf Rederecht liegt vor:

Zum TOP 4.2 für Herrn Uwe Flade (zum Eergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen).

Die Gewährung des Rederechtes wird einstimmig bestätigt.

zu 3 **Vorstellung von Bauvorhaben**

Die Vorstellung der Bauvorhaben ist in der Vorrunde erfolgt.

Herr Pfrogner nimmt Bezug auf ein Bauvorhaben am Bahnhof Medienstadt im Bereich des Gartenhinterlandes zur Bahnstrecke. Dort sei ein größeres Gebäude geplant bei dem man differenzierter Auffassung sei, ob die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigung nach § 34 BauGB vorliegen.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Treibhausgasneutralität neuer Investitionen**

Vorlage: 19/SVV/1029

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke

WA KIS, KUM, SBWL

mit ÄA von Herrn Jäkel vom 28.11.2019

(Wiedervorlage)

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 11.02.2020 – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.2 **Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2020-2021**

Vorlage: 19/SVV/1100

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

alle OBR'e, SBWL

(Wiedervorlage)

Herr Pfrogner erklärt zu diesem Tagesordnungspunkt seine Befangenheit und wird sich weder an der Diskussion noch an der Abstimmung beteiligen.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) erinnert an die bereits

erfolgte Einbringung der Vorlage. Sie berichtet, dass sich in der Zwischenzeit die verschiedenen Ortsbeiräte, mit Ausnahme des Ortsteils Uetz-Paaren mit dieser Vorlage befasst haben. Aufgrund der vorliegenden Voten der Ortsbeiräte und eines Ergänzungsantrages wurde eine Aktualisierung der Beschlussvorlage erforderlich. Den Ausschussmitgliedern ist mit Schreiben vom 16.1.2020 die entsprechende Information, einschließlich der Verwaltungsempfehlungen zum Umgang zugeleitet worden sowie eine entsprechend geänderte Anlage 3. Frau Holtkamp bittet diese geänderte Anlage 3 der heutigen Beratung zugrunde zu legen und geht auf die einzelnen Positionen ein. Wegen des noch ausstehenden Votums des Ortsbeirates Uetz-Paaren wird gebeten, die Entscheidung unter Vorbehalt des Votums dieses Ortsbeirates zu treffen.

Den Ausschussmitgliedern liegen folgende Unterlagen vor:

- Schreiben vom 16.01.2020
- Anlage 3 - Kurzübersicht: Festlegung der Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung mit Stand vom 16.01.2020
- Kurzübersicht aller Voten aus den Ortsbeiräten zu den heute zu behandelnden Tagesordnungspunkten

Frau Hüneke erinnert an den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „**Der in der Prioritätenliste 2 I stehende Titel „Photovoltaikanlage (OT Marquardt)“ ist als erster Nachrücker in die Priorität 1 I aufzunehmen.**“ und bittet Herrn Flade das Rederecht zu erteilen.

Herr Uwe Flade stellt sich den Ausschussmitgliedern als Eigentümer einer 1,6 ha Fläche auf dem Konversionsgelände in Marquardt vor. Er informiert, dass Photovoltaikanlagen vom Gesetzgeber gefördert werden und das Interesse für Photovoltaikanlagen groß sei. Er bittet dem vorgenannten Ergänzungsantrag zuzustimmen und dies auch als Beitrag für den Klimaschutz zu werten.

Der Ergänzungsantrag Bündnis 90/Die Grünen „Der in der Prioritätenliste 2 I stehende Titel „Photovoltaikanlage (OT Marquardt)“ ist als erster Nachrücker in die Priorität 1 I aufzunehmen.“ wird zur Abstimmung gestellt:
Abstimmungsergebnis: 7/0/1

Herr Jäkel greift seinen bereits in der Ausschusssitzung am 26.11.2019 eingebrachten Änderungsantrag auf:

„In Anlage 3 ist der B-Plan Nr. 147 Anbindung Golm/Golmer Chaussee von Priorität 2 I in Priorität 1 I umzustellen.

Hilfsweise ist ein anderer B-Plan von Priorität 1 I in 2 I umzustellen, z. B. der B-Plan 112 Campingplatz Gaisberg oder ein anderer noch eher geeigneter Plan, wie Projektsteuerung Pirschheide.“

Herr Jäkel verweist hierzu auch auf die Voten aus den Ortsbeiräten Eiche und Golm und begründet die Dringlichkeit der Umsetzung.

Frau Holtkamp berichtet zur Thematik Anbindung Golm, dass in der zurückliegenden Zeit inhaltlich daran gearbeitet worden ist. Das Ergebnis einer

verkehrstechnischen Untersuchung lässt jedoch erkennen, dass die Verkehrserschließung im Moment nicht umsetzbar sei. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Bebauungsplan Nr. 147 „Anbindung Golm/Golmer Chaussee“ weiterhin in der Priorität 2 zu behalten. Aktuell sei es aus Sicht der Verwaltung wenig sinnvoll, den Bebauungsplan in Priorität 1 einzuordnen, da weitere verkehrstechnische Untersuchungen erforderlich werden. Zur Pirschheide gebe es einen umfangreichen Fragenkatalog, dem zielgerichtet nachgegangen werden könne.

Herr Pahnhenrich unterstützt die Ausführungen von Herrn Jäkel. Es stehen noch große Bauvorhaben in Golm an, deren Verkehr durch den Ortsteil Eiche laufen wird. Die Nordanbindung sollte so schnell wie möglich kommen, um die Wohngebiete Eiche und Golm zu entlasten.

Herr Heinzl befürchtet ebenfalls, dass der Verkehr enorm zunehmen wird und deshalb die Nordanbindung zügig verfolgt werden müsse.

Herr Rubelt bittet zu beachten, dass im Zuge der Vorbereitenden Untersuchungen weitere verkehrstechnische Untersuchungen notwendig sind und spricht sich für die Beibehaltung in der Priorität 2 aus. Ohne das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen ist eine prioritäre Bearbeitung des Bebauungsplanes Nr. 147 „Anbindung Golm/Golmer Chaussee“ nicht möglich und verweist auf die begrenzten Ressourcen für die Bearbeitung von Bebauungsplänen.

Herr Dr. Niekisch ist der Auffassung, dass eine Anbindung möglich sei und spricht sich gegen die Zurückstufung aus, da bereits teilweise Untersuchungen vorliegen.

Herr Jäkel spricht den unbefestigten Wirtschaftsweg neben der Bahntrasse an. Er verweist auf das vorliegende verkehrliche Interesse und bittet die Voten aus den Ortsbeiräten Golm und Eiche zu berücksichtigen.

Frau Hüneke verweist auf die Ausführungen der Verwaltung. Es wird nicht bestritten, dass Untersuchungsbedarf besteht.

Auf die Frage nach dem zeitlichen Horizont für die fachlichen Untersuchungen antwortet Herr Rubelt. Es ist davon auszugehen, dass Mitte 2021 die Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen vorliegen werden.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Jäkel auf **Hochstufung des Bebauungsplanes Nr. 147 in die Priorität 1 Q**.

Abstimmungsergebnis: 4/4/0 – damit abgelehnt.

Herr Gutschmidt (Ortsvorsteher Grube) bittet den Bebauungsplan Nr. 158 „Am

Küssel“ in Priorität 1 Q zu belassen und nicht in die Priorität 2 herunterzustufen. Hier handelt es sich um einen Straßenzug mit Gebäuden (Dreiseitenhöfe), die städtebaulich von Wert sind. Er berichtet, dass ein Planungsbüro angefragt worden sei und die Planungskosten bei ca. 65 T€ liegen würden. Diese Kosten müssten jedoch von den Anliegern getragen werden, ohne dass eine Sicherheit für die Umsetzung bestünde. Herr Gutschmidt macht aufmerksam, dass der Ortsteil Grube mit ca. 430 Einwohnern sei 1993 zu Potsdam gehöre und bisher keinen Bebauungsplan hatte.

Inhaltlich bestehe Übereinstimmung, dass ein Bebauungsplan sinnvoll wäre, äußert Frau Holtkamp. Seit über einem Jahr ist man im Kontakt mit dem Ortsvorsteher und den Eigentümern, um eine Planungsfinanzierung zu finden. Jedoch ohne Erfolg. Aufgrund der fehlenden Finanzierungsgrundlage empfiehlt die Verwaltung, den Bebauungsplan Nr. 158 in der Priorität 2 zu belassen. Sobald die Finanzierung geklärt ist, könne zügig versucht werden, den Bebauungsplan nach Abschluss eines anderen Bebauungsplanverfahrens aus Priorität 2 in die Priorität 1 aufzunehmen.

Frau Hüneke schlägt vor, diesen Hinweis in die Niederschrift aufzunehmen, um ihn im Blick zu behalten.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) erinnert in diesem Zusammenhang an den Beginn der Aufstellung der Prioritätenliste zur Abarbeitung der Bebauungsplanverfahren. Die Erstellung der Prioritätenliste und Vorlage zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung beruht auf der Erkenntnis, dass mit den vorhandenen Kapazitäten nur eine bestimmte Zahl an Planverfahren parallel bearbeitet werden können. Nur die Planverfahren, die in Priorität 1 I (Investition) und 1 Q (städtebauliche Qualitäten) liegen, können tatsächlich bearbeitet werden. Herr Goetzmann macht deutlich, dass bei allen Bebauungsplanverfahren die gleichen formellen Vorgaben einzuhalten sind und damit egal, ob es sich um einen kleinen oder großen Geltungsbereich handelt, der Aufwand gleich sei.

Es sei Aufgabe des Oberbürgermeisters mehr Kapazitäten zu schaffen, äußert Herr Kirsch. Dafür sollten sich alle einsetzen.

In Anlehnung an die Äußerung von Frau Holtkamp, den Bebauungsplan Nr. 158 bei geklärter Finanzierung und Abschluss eines anderen Verfahrens in Priorität 1 aufzunehmen, erfolgt der Antrag, den Bebauungsplan Nr. 158 „Am Küssel“ als 1. Nachrücker in die Priorität 1 Q aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Ausschussvorsitzende stellt die Gesamtvorlage mit den Änderungen in der Anlage 3 zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Prioritäten im Bereich Verbindliche Bauleitplanung für die Jahre 2020 bis 2021 gemäß der in Anlage 2 dargestellten Kurzübersicht auf Grundlage der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2001 zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/SVV/059/2) getroffenen Festlegungen und dazu nachfolgender Beschlüsse.

Mit geänderter Anlage 3 (Kurzübersicht: Festlegung der Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung Stand 21.01.2020) - siehe Anlage zur Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	2

zu 4.3 Instrumente zur Begrenzung des Mietanstiegs in Potsdam

Vorlage: 19/SVV/1016

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

GSWI, SBWL

(Wiedervorlage)

Frau Hüneke bringt den Antrag in der Fassung des Votums des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion (GSWI) ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stand der Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzepts von 2015 (DS 15/SVV/0609) darzustellen und die Wirksamkeit zu bewerten. Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung bis Mai 2020 vorgelegt werden.

In diesem Zusammenhang sollen zur Aktualisierung des Wohnungspolitischen Konzepts Vorschläge zur weiteren Begrenzung des Mietanstiegs geprüft und entwickelt werden. Dazu gehören z.B. solche Instrumente wie Sozialerhaltungssatzung, Milieuschutzsatzung und die Förderung von genossenschaftlicher sowie gemeinschaftlicher Eigentumsbildung.

Dabei ist aufzuzeigen, welche Voraussetzungen für bezahlbares Wohnen durch Bund und Land geschaffen werden müssen und wie die Stadt entsprechende Forderungen wirksam vertreten kann.

Der Oberbürgermeister wird zudem aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung, beginnend in 2020 einen zweijährigen Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung vorzulegen.“

Herr Jekel (Bereich Wohnen) bestätigt, dass die geänderte Fassung aus dem GSWI-Ausschuss verwaltungsseitig befürwortet wird und die Bearbeitung innerhalb des Bündnisses für Wohnen erfolgen wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stand der Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzepts von 2015 (DS 15/SVV/0609) darzustellen und die Wirksamkeit zu bewerten. Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung bis Mai 2020 vorgelegt werden.

In diesem Zusammenhang sollen zur Aktualisierung des Wohnungspolitischen Konzepts Vorschläge zur weiteren Begrenzung des Mietenanstiegs geprüft und entwickelt werden. Dazu gehören z.B. solche Instrumente wie Sozialerhaltungssatzung, Milieuschutzsatzung und die Förderung von genossenschaftlicher sowie gemeinschaftlicher Eigentumsbildung.

Dabei ist aufzuzeigen, welche Voraussetzungen für bezahlbares Wohnen durch Bund und Land geschaffen werden müssen und wie die Stadt entsprechende Forderungen wirksam vertreten kann.

Der Oberbürgermeister wird zudem aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung, beginnend in 2020 einen zweijährigen Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

**zu 4.4 Anwendung des § 31 (2) des Baugesetzbuches zur Ermöglichung des zeitnahen Trafohaus-Umbaus in der Waldsiedlung Groß Glienicke
Vorlage: 19/SVV/1032**

Ortsbeirat Groß Glienicke

Der Ausschussvorsitzende entschuldigt den Ortsvorsteher Herrn Sträter, welchem aufgrund des zeitgleich tagenden Ortsbeirates keine Teilnahme möglich ist. Stellvertretend für Herrn Sträter bittet er nochmals die Anregung zu prüfen, ob eine Herausnahme aus dem Bebauungsplangebiet möglich wäre oder im Zuge der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes ein zeitnaher Umbau und die Umnutzung des Gebäudes ermöglicht werden kann.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) verweist auf die ausführliche Einschätzung der Verwaltung, welche in der Mitteilungsvorlage 19/SVV/0877 dargestellt worden ist. Ebenso wurde bereits in der Ausschusssitzung am 26.11.2019 detailliert auf die Situation eingegangen.

Herr Pahnhenrich bringt zum Ausdruck, dass es entsprechend § 31 (2) BauGB drei Voraussetzungen für Ausnahmen bzw. die Befreiung von Festsetzungen

eines Bebauungsplanes gibt, sofern die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Das sind

- Gründe des Wohls der Allgemeinheit
- die Abweichung städtebaulich vertretbar ist
- die Durchführung des Bebauungsplans zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde.

Insofern sei zu prüfen, ob einer dieser Tatbestände zutreffe.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) betont dass es hier bereits an der Grundvoraussetzung fehle, da die Grundzüge der Planung berührt sind.

Auf Rückfragen und Hinweise verschiedener Ausschussmitglieder (Herr Jäkel, Herr Kirsch, Frau Reimers, Herr Pfrogner, Herr Heuer) geht Herr Goetzmann ein und verweist auf das Planerfordernis. Auch an eine Aufhebung des Bebauungsplanes werden die gleichen Anforderungen gestellt, wie an eine Änderung oder Ergänzung von Bebauungsplänen. Hier handelt es sich um den gleichen Rahmen. Problematisch sei insbesondere die äußere Erschließung aufgrund der Nähe zur Stadtgrenze Berlin. Die zeitliche Perspektive für das Planänderungsverfahren und die Realisierung des Vorhabens wurde ebenfalls in der angesprochenen Mitteilungsvorlage dargelegt. Unter der Voraussetzung, dass die Einbringung des Aufstellungsbeschlusses zur Änderung des Bebauungsplanes im November 2019 erfolgt wäre, hätte ein möglicher Satzungsbeschluss frühestens ab dem 3. Quartal 2021 erwartet werden können. Diese zeitliche Orientierung sei jedoch von der Investorin nicht akzeptiert worden.

Herr Dr. Niekisch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf nochmalige Zurückstellung, um dem Ortsvorsteher Groß Glienicke die Teilnahme zu ermöglichen.

Herr Kirsch äußert sich dagegen, da ein anderer Erkenntnisgewinn nicht zu erwarten sei.

Für den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Abstimmung des G0-Antrages auf Vertagung: 6/0/3

zu 4.5 Mehr für die Freizeit nutzbare Zugänge zu den Potsdamer Gewässern Vorlage: 19/SVV/1077

Fraktion CDU

SBWL, KUM, alle Ortsbeiräte

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag ein.

Herr Schmidt (Arbeitsgruppe Untere Wasserbehörde) erläutert anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) den Sachstand und schlägt vor dem Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) zu folgen, welcher folgende geänderte Fassung zur Beschlussfassung empfohlen

hat:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt festzustellen, welche Stellen an Gewässern im Potsdamer Stadtgebiet grundsätzlich ~~geeignet sind, sie z.B. mit einer Freizeiwiese oder einem Badesteg für die Bevölkerung zu erschließen.~~ Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Ende des ersten Quartals 2020 darzulegen, ~~welche Stellen identifiziert wurden, welche Möglichkeiten der Realisierung es gibt und welche Hindernisse/Gründe voraussichtlich dagegen sprechen~~ **als nutzbare Zugänge für die Bevölkerung geeignet sind. Als Suchraum sollen die Uferflächen dienen, an denen sich kein Naturschutzgebiet, kein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet und kein Vogelschutzgebiet befindet. Diese Betrachtung soll innerhalb einer Auftragerweiterung zum INSEK im Zeitraum 2020/2021 ermöglicht werden. Dies ist personell bzw. finanziell zu untersetzen.“**

Auf die Rückfrage von Herrn Jäkel, welche Flächen dann noch übrig bleiben, antwortet Herr Schmidt mit Verweis auf die Präsentation, dass die dunkelblauen Flächen herausfallen.

Herr Heuer erinnert als Ausgangspunkt zu dieser Diskussion an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Havelwelle, einschließlich des damit verbundenen Prüfauftrages. Unverständlich sei hier, dass eine private Badestelle genehmigt werden könne, eine öffentliche jedoch nicht.

Herr Rubelt erläutert, dass gegenwärtig eine Bestandsaufnahme durchgeführt wird. Die von Herrn Heuer angesprochene private Badestelle an der Havelwelle hat andere Voraussetzungen, da sie über eine Steganlage führt. Er bittet den im KUM-Ausschuss vorgeschlagenen Weg über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) zu gehen, um den planerischen und kommunikativen Rahmen zu schaffen.

Frau Reiners bestätigt den Druck aus der Bevölkerung, dem Rechnung getragen werden müsse und spricht als Beispiel die Übernutzung des Heiligen Sees an.

Frau Vandre erkundigt sich in welchem Zeitraum die Studie vorliegen wird und verweist auf die Debatte zum Strandbad Babelsberg. Eine prioritäre Bearbeitung sei wichtig.

Herr Pfrogner und Frau Vandre stellen folgenden Ergänzungsantrag:

Nach dem 2. Satz ist einzufügen:

„Bestehende legale Zugänge sind in der Prüfung der Zugänge als gesetzt zu berücksichtigen.“

Herr Heuer schlägt folgende Ergänzung in der ersten Zeile vor: an **und auf** Gewässern ...

Herr Dr. Niekisch äußert für die antragstellende Fraktion, dass ihm das Votum aus dem KUM-Ausschuss zu unkonkret sei und übernimmt statt dessen die Änderungsvorschläge von Frau Vandré, Herrn Pfrogner und Herrn Heuer.

Der Ausschussvorsitzende bittet die geänderte Fassung abzustimmen:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt festzustellen, welche Stellen an **und auf** Gewässern im Potsdamer Stadtgebiet grundsätzlich geeignet sind, sie z.B. mit einer Freizeitwiese oder einem Badesteg für die Bevölkerung zu erschließen. **Bestehende legale Zugänge sind in der Prüfung der Zugänge als gesetzt zu berücksichtigen**

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Ende des ersten Quartals 2020 darzulegen, welche Stellen identifiziert wurden, welche Möglichkeiten der Realisierung es gibt und welche Hindernisse/Gründe voraussichtlich dagegen sprechen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

- zu 4.6** **Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägung und Satzungsbeschluss**
Vorlage: 19/SVV/1101
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Fahrland, KUM, SBWL
Zurückgestellt– siehe Verständigung zur Tagesordnung.

- zu 4.7** **Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024**
Vorlage: 19/SVV/1174
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
alle Ausschüsse und Ortsbeiräte
(Wiedervorlage)
Die Einbringung der Vorlage ist bereits in der vergangenen Sitzung erfolgt.

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vielzahl an Änderungs- bzw. Ergänzungsanträgen zu dieser Vorlage, die teilweise gegensätzliche Orientierungen verfolgen.

Er schlägt vor, jeden Antrag in der Reihenfolge des Erscheinens im Ratsinformationssystem durchzugehen und einzeln abzustimmen, um anschließend die Ergebnisse dem Finanzausschuss zur morgigen abschließenden Beratung übermitteln zu können.

Herr Heuer stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage 19/SVV/1174 Strategiebeschluss zu den Eckwerten im SBWL-Ausschuss zur Kenntnis zu nehmen.

Dafür spricht niemand.

Dagegen äußert sich Herr Dr. Niekisch.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages: 6/2/0

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 19/SVV/1174 zur Kenntnis.

zu 4.8 Flächen für die Partygärten sichern

Vorlage: 19/SVV/1266

Fraktion CDU

SBWL, KUM

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag als Prüfauftrag ein.

Herr Goetzmann informiert, dass die Zulässigkeit von Partygärten im Bebauungsplan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“ innerhalb der zum Volkspark gehörenden öffentlichen Parkanlage planungsrechtlich gesichert ist und verweist auf das Planungskonzept Volkspark 2020. Auf die Nachfrage von Herrn Pfrogner zu immissionsschutzrechtlichen Aspekten geht Herr Goetzmann ein.

Er empfiehlt von weiteren Überlegungen abzusehen und abzuwarten, was die Machbarkeitsstudie zur Biosphäre ergibt. Sollte das Ergebnis sein, dass diese Flächen in Anspruch genommen werden, dann könne man weitere Überlegungen anstellen. Zum jetzigen Zeitpunkt einen vorschnellen Prüfauftrag zu beantragen, sei hingegen nicht zielführend.

Herr Dr. Niekisch stellt den Antrag bis zur Vorlage der Ergebnisse aus der Machbarkeitsstudie zurück.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 4.9 Ergänzung der Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für den Bereich "Straßenbahnverlängerung in den Potsdamer Norden"

Vorlage: 19/SVV/1279

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KUM, SBWL, Ortsbeirat Neu Fahrland, Ortsbeirat Fahrland

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein. Er erinnert, dass die Satzung bereits im März 2019 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden ist. Eine Ergänzung der Satzung ist erforderlich, da im Zuge der konkreten Trassenplanung für die Straßenbahnverlängerung der Trassenverlauf der Straßenbahn aus verkehrstechnischen Gründen angepasst werden musste. Dabei werden voraussichtlich weitere Grundstücke zwischen Neu Fahrland und Fahrland (23 Flurstücke) benötigt, als bisher vorgesehen.

Herr Pfrogner nimmt Bezug auf die finanziellen Auswirkungen und fragt, wer in der Landeshauptstadt Potsdam für den Erwerb der Flächen zuständig ist und ob die Haushaltsmittel ausreichend zur Verfügung stehen.

Herr Rubelt äußert, dass die Wertermittlung die Basis sei. Die Haushaltsmittel sind eingeplant. Die Liegenschaftsverwaltung befindet sich im Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling, beim Kommunalen Immobilien Service.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Ergänzung der Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Baugesetzbuchs für den Bereich „Straßenbahnverlängerung in den Potsdamer Norden“ (gemäß Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 4.10 Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung

Vorlage: 19/SVV/1306

Fraktion der Freien Demokraten
SBWL, GSWI

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann bringt die Vorlage ein.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert, dass die barrierefreie Durchquerung des Quartiers von Beginn an auch Anliegen der Verwaltung gewesen ist. Das 2017 durchgeführte konkurrierende Gutachterverfahren zur gestalterischen Qualifizierung des Hotel- und Dienstleistungsgebäudes hat von Anbeginn an die Barrierefreiheit für eine Durchquerung des Quartiers in Ost-West-Richtung berücksichtigt. Bei der Beurteilung der vorgestellten Arbeiten wurde die Funktionalität durchgehend auch hinsichtlich dieses Kriteriums bewertet und die zur Ausführung empfohlene Arbeit gerade auch wegen der gestalterisch überzeugenden Einbindung des barrierefreien Übergangs mit dem Aufzug ausgewählt.

Aufgrund dessen, dass der Aufzug in das Gebäude integriert wird, ist hier nicht die Anonymität einer öffentlichen Freianlage gegeben, die Vandalismus begünstigen kann. Der vorhandene Höhenunterschied zwischen der sog. „Piazza“ und dem Niveau der Speicherstadt beträgt lt. Bauunterlagen 4,25 m.

Eine Rampe, die entsprechend DIN 18040 mit einer max. Steigung von 6% errichtet werden würde, müsste in Einzelabschnitte von max. 6 m Länge aufgeteilt werden. Erforderlich wären mehrere Zwischenpodeste und ein mehrfaches Abknicken, so dass ein großer Teil des Freiraumes verloren ginge. Insoweit stellt die geplante Aufzugslösung aus der Sicht der Verwaltung sowohl in funktionaler als auch stadtgestalterischer Hinsicht die optimale Lösung dar.

Herr Goetzmann ergänzt, dass es einen genehmigten Bauantrag gibt.

Frau Thiel verweist darauf, dass Fahrstühle barrierefrei sein müssen und fragt, ob der Fahrstuhl auch für Blinde bzw. Menschen mit Sehbehinderung barrierefrei ist.

In der sich anschließenden Diskussion unter Beteiligung diverser Ausschussmitglieder wird erörtert

- Die Möglichkeit der Nutzung der barrierefreien Umwegung über die Leipziger Straße besteht zusätzlich, rund um die Uhr
- Der Aufzug ist nicht freistehend wie am Otto-Braun-Platz, dadurch besteht Schutz vor Vandalismus.
- Die Nutzungsmöglichkeit des Aufzuges besteht während der Betriebszeiten Hotel, Gastronomie, Gewerbe; es gibt einen Notschalter um ggf. Service zu rufen.
- Eine Rampenlösung ist nicht umsetzbar.
- Ein weiteres Prüferfordernis wird nicht gesehen.

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann modifiziert den Antrag. Sie bittet das Wort anstelle gegen **zusätzlich** auszutauschen und um Abstimmung des geänderten Antrages.

Herr Pfrogner macht deutlich, dass die Verwaltung bereits über alle Sachstände informiert hat, so dass er empfiehlt, den Antrag zurückzuziehen.

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann stellt den Antrag nochmals zurück, um sich in der Fraktion zu beraten.

zu 4.11 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland

Vorlage: 19/SVV/1302

Fraktion DIE LINKE

SBWL, B/Sp., OBR Fahrland

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass dieser Antrag im Zusammenhang mit dem TOP 4.6 Bebauungsplan Nr. 132 zu sehen ist. Für diesen Punkt war Herr Richter vom Kommunalen Immobilien Service angekündigt. Dieser befindet sich jedoch nicht mehr im Raum.

Herr Matz bringt den Antrag ein. Auch aus seiner Funktion als Ortsvorsteher Fahrland vertritt er die Auffassung, dass der Antrag heute behandelt werden könne. Der Antrag 19/SVV/1302 als auch der Antrag 19/SVV/1308 im nächsten Tagesordnungspunkt zielt auf die Zeit nach dem Satzungsbeschluss. Intention des Antrages 19/SVV/1302 ist es, die Veräußerung beziehungsweise die Bebauung der für eine geplante Schul- und Horterweiterung der Regenbogenschule erforderlichen Flächen, zurückzustellen, bis die dauerhafte Erweiterung der Grundschule Planreife hat.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) erinnert, dass der Ortsbeirat Fahrland sein Votum zum Bebauungsplan Nr. 132 aufgehoben hat, so dass es jetzt nicht zielführend sei, darüber zu diskutieren.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Vorlagen

- 19/SVV/1101 Bebauungsplan Nr. 132 „Am Friedhof“
- 19/SVV/1302 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland
- 19/SVV/1308 Kommunalen sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland

gemeinsam im SBWL-Ausschuss aufzurufen, wenn der Ortsbeirat Fahrland zur Vorlage 19/SVV/1101 votiert hat.

Herr Matz stimmt dem Verfahrensvorschlag zu.

zu 4.12 Kommunalen sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland

Vorlage: 19/SVV/1308

Fraktion DIE LINKE

SBWL, GSWI, OBR Fahrland

Der Antrag wird zurückgestellt – siehe Verständigung in TOP 4.11.

zu 4.13 Parkhauskonzept für die Potsdamer Innenstadtbereiche/anliegende Vorstädte

Vorlage: 19/SVV/1299

Fraktion CDU

KUM, SBWL

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag ein.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich Herr Heuer, Frau Hüneke, Herr Jäkel, Herr Pfrogner, Herr Rubelt, Frau Vandre, Herr Dr. Zöllner, Frau Reimers, Frau Dr. Chwolik-Lanfermann, Herr Pahnhenrich, Herr Grützke, Herr Dr. Niekisch und Herr Gericke beteiligen, werden unterschiedliche Argumente vorgebracht, die für bzw. gegen die Intention des Antrages sprechen.

Herr Rubelt verweist auf das Innenstadtverkehrskonzept und bittet die Aufgabenstellung im Kontext mit dem Innenstadtverkehrskonzept zu betrachten. Die Zielstellung den mobilen Individualverkehr (MIV) in der Innenstadt zu reduzieren, könnte durch den Bau von zusätzlichen Parkhäusern konterkariert werden und mehr Verkehr anziehen.

Es werden folgende Anträge gestellt:

Von Herrn Pfrogner:

Austausch des Wortes Parkhäuser in **Fahrradparkhäuser**.

Von Herrn Jäkel:

Die LHP wird beauftragt, **im Zusammenhang mit dem Innenstadt-Verkehrskonzept bis zum März im Jahr 2020** geeignete und sich in die Stadtteilstruktur einpassende Standorte für Parkhäuser **für Kfz und Fahrräder** zu suchen. Diese sollen zeitnah mit städtischen oder privaten Mitteln realisiert werden.

Herr Heuer schließt sich dem Antrag von Herrn Jäkel an, ohne Benennung einer Jahreszahl.

Herr Dr. Niekisch übernimmt als Antragsteller die Änderungsvorschläge von Herrn Jäkel und Herrn Heuer.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die LHP wird beauftragt, **im Zusammenhang mit dem Innenstadt-Verkehrskonzept bis zum März 2020** geeignete und sich in die Stadtteilstruktur einpassende Standorte für Parkhäuser **für Kfz und Fahrräder** zu suchen. Diese sollen zeitnah mit städtischen oder privaten Mitteln realisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

zu 4.14 Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung

Vorlage: 19/SVV/1291

Fraktion DIE aNDERE

KUM, SBWL

Herr Pfrogner bringt den Antrag ein.

Frau Hüneke verweist auf die seit mehreren Jahren bestehende Beschlusslage Lichtschutzmasterplan. Die Umsetzung scheiterte bisher an den Ressourcen.

Herr Goetzmann verweist auf die Diskussion im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität..

Die Verwaltung hat im KUM-Ausschuss vorgeschlagen sich noch einmal mit dem Thema zu befassen und in der Märzsitzung zu berichten.

Nach kurzer Diskussion verständigt man sich darauf, im SBWL-Ausschuss ebenso zu verfahren und den **Antrag bis dahin zurückzustellen**.

zu 4.15 Evaluation des Wohnungspolitischen Konzepts

Vorlage: 19/SVV/1258

Fraktion CDU

GSWI, SBWL

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag ein.

Herr Jäkel verweist auf den Bezug zum TOP 4.3., in welchem sich der Antrag

widerspiegelt. Der Antrag sollte als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt werden.

Herr Jekel (Bereich Wohnen) verweist hier ebenfalls auf das Bündnis für Wohnen und schließt sich der Empfehlung von Herrn Jäkel an.

Herr Dr. Niekisch stellt den Antrag zurück.

zu 4.16 Bebauungsplan Nr. 78 "Französische Straße/Quartier Français", 1. Änderung, Teilbereich Am Kanal/Französische Straße - Aufstellungsbeschluss, Beschlusspunkt 4 - Erhalt des Kunsthauses "sans titre"

Vorlage: 19/SVV/1239

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KA, SBWL

(Mitteilungsvorlage)

Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Auf die Frage zur städtebaulichen Ausprägung geht Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) ein.

Zur Frage des Zugangs und der Sichtbarkeit von der Straße informiert die Stadtverwaltung im Nachgang der Sitzung, dass in der bisherigen Planung vorgesehen ist, durch entsprechende Räumlichkeiten der Neubebauung, das Kunsthaus sans titre von der Straße her erlebbar und zugänglich zu machen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 19/SVV/1239 zur Kenntnis.

zu 4.17 Prüfergebnisse Dez. 2019 zum Beschluss "Potsdam erklärt den Klimanotstand"

Vorlage: 19/SVV/1362

Oberbürgermeister, Koordinierungsstelle Klimaschutz
FA, KUM, SBWL, HA

(Mitteilungsvorlage)

Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Jäkel entnimmt der Vorlage, dass die vorhandenen Personalkapazitäten, insbesondere zur Stärkung des Baum- und Grünschutzes im öffentlichen Raum nicht ausreichend vorhanden sind. Insofern sei eine Personalaufstockung dringend erforderlich, um gerade in den extrem trockenen Perioden Abhilfe schaffen zu können.

Herr Rubelt informiert, dass eine gewisse Leistungsfähigkeit vorhanden ist. Eine Personalaufstockung über den Haushalt für diesen Sommer sei nicht zu erwarten. Er betont, dass die erste Pflicht die Verkehrssicherungspflicht sei.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) bestätigt, dass es in den letzten Jahren eine Extremsituation gegeben habe. In besonderen Notfällen erfolgt die Beteiligung über Fremdfirmen. Auch die EWP und die Feuerwehr wird beteiligt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 19/SVV/1362 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Information zur Freilichtbühne auf der Freundschaftsinsel (entspr. Bitte aus der vergangenen Sitzung)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) informiert anhand einer Präsentation über die Historie der Freilichtbühne auf der Freundschaftsinsel, den aktuellen Zustand und die Überlegungen zur Umgestaltung.

Die Vorlage der Neukonzeption ist für das 4. Quartal 2020 vorgesehen..

Herr Jäkel bittet die Präsentation der Niederschrift beizufügen.

zu 6 Sonstiges

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) informiert zur Bitte von Herrn Pfrogner am Beginn der Sitzung:

- Bebauungsplan Nr. 145 „Am Humboldtring“:
Die Einbringung der Vorlage „Änderung der Planung und erneuten öffentlichen Auslegung“ wird voraussichtlich in der Stadtverordnetenversammlung im März 2020 erfolgen.
- Bebauungsplan Nr. 36 „Neue Halle / östliches RAW-Gelände“:
Im Moment wird intensiv in Richtung Qualifizierung des Bebauungsplanes gearbeitet. Ein genauer Zeitraum kann nicht benannt werden. Es ist davon auszugehen, dass die Vorlage nicht vor Juli in die Stadtverordnetenversammlung gegeben werden kann.

Herr Rubelt informiert auf Nachfrage von Herrn Pfrogner, dass erst mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der städtebauliche Vertrag bestätigt werden kann und die Baugenehmigung damit im Zusammenhang stehe.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert, dass sich für die Mitwirkung am Verfahren „Wohnen am Stern“ bislang nur eine Fraktion gemeldet habe. Der Meldeschluss ist bereits der 22.1.20. Der erste Termin ist bereits für den 31.1.20 anberaumt, so dass Herr Goetzmann bittet schnellstmöglich das Interesse an der Mitwirkung zu übermitteln.

Der öffentliche Teil der Ausschusssitzung wird um 21.26 Uhr beendet und unter Ausschluss der Öffentlichkeit um 21.32 Uhr fortgesetzt.